

## Beschluss VII Soziales

Gremium:	Landesparteitag
Beschlussdatum:	24.04.2021
Tagesordnungspunkt:	4. Das Programm zur Landtagswahl von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen- Anhalt

### Text

#### 10133 VII Soziales

10134 Wir wollen, dass alle Menschen gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben  
10135 teilhaben und ein Leben in Würde führen können, von der Geburt bis ans  
10136 Sterbebett. Unsere Sozialpolitik soll Bedingungen für eine angemessene  
10137 Grundsicherung und den Rahmen für eine selbstbestimmte Lebensführung schaffen.  
10138 Alle sollen die Unterstützung bekommen, die sie in ihrer persönlichen Situation  
10139 benötigen und die ihnen eine Perspektive für die eigene Entwicklung eröffnet.  
10140 Wir brauchen einen Wandel weg von einer nachsorgenden Sozialpolitik, die auf  
10141 bestehende Probleme und Defizite fokussiert ist, hin zu einer Sozialpolitik, die  
10142 präventiv wirkt.

#### 10143 Sicherung des Existenzminimums

10144 Unsere Politik zielt auf eine Existenzsicherung von der Wiege bis zur Bahre. Die  
10145 soziale Sicherung bedeutet für uns, den Menschen über ihre gesamte Lebensspanne  
10146 hinweg den Grundbedarf zu garantieren. Die Maßnahmen dazu sind eine  
10147 sanktionsfreie und armutsfeste Kindergrundsicherung, Ausbildungsförderung und  
10148 Grundsicherung unabhängig von Herkunft und Aufenthaltsstatus. Wir unterstützen  
10149 Bundesratsinitiativen, die darauf abzielen.

#### 10150 Leistungsbezug bürger\*innennäher gestalten

10151 Sozialpolitik muss lebenslang Chancen für eine selbstbestimmte Lebensgestaltung  
10152 eröffnen. Für die Entwicklung einer modernen Sozialpolitik müssen Menschen die  
10153 Möglichkeit haben, Netzwerke und individuelle Unterstützungsangebote kombinieren  
10154 zu können. Deshalb wollen wir weg vom Schubladensystem in der Beurteilung von  
10155 Menschen nach Syndromen und Symptomen hin zu individueller Beurteilung. Der  
10156 Mensch mit seiner persönlichen Situation und seinen persönlichen Bedürfnissen  
10157 gehört in den Mittelpunkt von Sozialplanung. Sachsen-Anhalt soll zunächst in  
10158 inklusiven Modellprojekten Case-Management als Instrument der Sozialplanung  
10159 erproben – mit dem Ziel es zum Standardinstrument der Sozialplanung zu machen.

10160 Wir denken das System für unterstützende staatliche Leistungen von den  
10161 Bürger\*innen mit einem Lebensmittelpunkt in Deutschland her, nicht in den  
10162 Rechtskreisen Arbeitsmarktinstrumente, Hilfe für Menschen mit Behinderungen,  
10163 Kinder- und Jugendhilfe, Kranken- und Pflegeversicherung. Dieses System der  
10164 verschiedenen Rechtskreise funktioniert oft unzureichend, weil viele Menschen  
10165 mehrfache, vielfältige und zusammenhängende Bedarfe haben. Wir wollen erreichen,  
10166 dass es in jedem Landkreis und jeder kreisfreien Stadt eine  
10167 rechtskreisübergreifende und mehrsprachige Beratungsstelle gibt und die  
10168 Leistungen im besten Falle rechtskreisübergreifend erbracht werden. Dafür wollen

10169 wir Modellprojekte starten. Die entsprechenden Ausführungsgesetze zu den  
10170 Sozialgesetzbüchern sollen dafür überarbeitet werden. Sowohl im Bereich der  
10171 Hilfe für Ältere und Menschen mit Behinderungen wie auch im Bereich der Kinder-  
10172 und Jugendhilfe ist dies ein notwendiger Schritt, um den Leistungsbezug  
10173 bürger\*innenfreundlicher zu gestalten, Synergien zwischen den Leistungssystemen  
10174 zu nutzen und Bürokratie letztlich abzubauen.

## 10175 Kinder- und Jugendarmut bekämpfen

10176 Derzeit lebt nahezu jedes vierte Kind in Sachsen-Anhalt in Armut. Dies bleibt  
10177 eine massive sozialpolitische Herausforderung, auf die wir antworten müssen.  
10178 Alle Kinder, die in Armut leben, sind vielfältigen Formen der Benachteiligung  
10179 ausgesetzt: Nachteile in der Schule und Ausbildung, schlechtere Gesundheit oder  
10180 Vorsorge, eingeschränkter Zugang zu Kultur sowie zu angemessenem Wohnraum. Die  
10181 Corona-Pandemie hat diese Situation in vielen Bereichen noch verschärft. Deshalb  
10182 setzen wir uns für eine armutsfeste allgemeine Kindergrundsicherung für alle  
10183 hier lebenden Kinder - unabhängig ihrer Staatsangehörigkeit oder ihres  
10184 Aufenthaltsstatus ein und wollen dies auf Bundesebene voranbringen.

10185 Neben dieser direkten finanziellen Bekämpfung von Kinderarmut und flankierenden  
10186 arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, die direkt auf die Einkommenssituation von  
10187 Eltern zielen, möchten wir insbesondere Schutzfaktoren gegen Armut befördern,  
10188 also Kinder und junge Menschen in ihrer Resilienz stärken, damit sie besser mit  
10189 widrigen Umständen umgehen können. Mit dieser Zielstellung wurden in dieser  
10190 Legislatur auf unser Betreiben hin 100 zusätzliche Stellen für die Förderung von  
10191 Kitas mit besonderen Bedarfen geschaffen. Basierend auf diesen Erfahrungen  
10192 wollen wir zusätzliche solcher Stellen flächendeckend im Land etablieren, um  
10193 insbesondere die vielfaltsbewusste Kitasozialarbeit als Instrument der  
10194 Frühförderung für eine chancengerechte soziale Teilhabe damit zu befördern.  
10195 Weitere Schutzfaktoren gegen Kinder- und Jugendarmut wollen wir in einem breiten  
10196 Bündnis entwickeln. Ausbau und finanzielle Besserstellung der Jugend(verbands-  
10197)arbeit, der Kinder- und Jugendfreizeiten, der landesweiten Jugendbildung wie  
10198 auch der landesweiten Jugendbildungsstätten sind entsprechende Ansatzpunkte. Wir  
10199 wollen Präventionsketten etablieren und verstetigen, beginnend mit den Frühen  
10200 Hilfen bis hin zur sozialpädagogischen Ausbildungsbegleitung.

10201

10202 Im stationären Bereich der Hilfen zur Erziehung haben kommunale Jugendämter die  
10203 Möglichkeit junge Menschen, sobald sie eigene Einkünfte bspw. in Form einer  
10204 Ausbildungsvergütung haben, für die Kosten der Hilfen mit bis zu 75% ihrer  
10205 Einkünfte heranzuziehen. Wir setzen uns für die Aufhebung der Kostenheranziehung  
10206 in allen Landkreisen und kreisfreien Städten Sachsen-Anhalts ein. Dafür wollen  
10207 wir eine entsprechende Regelung im Kinder- und Jugendhilfegesetz Sachsen-Anhalt  
10208 verankern.

10209 Wir wollen den nächsten Kinder- und Jugendbericht zur Mitte der Legislatur mit  
10210 dem Schwerpunkt Kinderarmut vorlegen und auf Basis dessen das jugendpolitische  
10211 Programm fortschreiben.

10212 Wir wollen die Ausbildungssituation von Alleinerziehenden und Personen mit  
10213 unterbrochenen Bildungsbiografien durch die Stärkung der Teilzeitausbildung  
10214 verbessern.

## 10215 Kinderrechte umsetzen

10216 Alle Kinder haben eigene Rechte: Rechte auf Schutz, Förderung ihrer Entwicklung  
10217 sowie Beteiligung. Diese Rechte sind in der UN-Kinderrechtskonvention  
10218 festgehalten. Wir stehen für die konsequente Umsetzung und Einhaltung dieser  
10219 Rechte. Daher wollen wir im Bundesrat eine Initiative einbringen, um  
10220 Kinderrechte für alle in Deutschland lebenden Kinder auch im Grundgesetz zu  
10221 verankern. Ihre Rechte auf Bildung und individuelle Förderung müssen gestärkt  
10222 werden.

10223 Kinderrechte müssen vor Ort erlebbar und realisiert werden. Wir setzen uns für  
10224 eine umfassende Beteiligung der Kinder bereits im Kindergarten ein. In der  
10225 Schule sollte die Drittelparität eingeführt werden

## 10226 Eine eigenständige Jugendpolitik verankern

10227 Der aktuelle Kinder- und Jugendbericht wie auch das jugendpolitische Programm  
10228 der Landesregierung formulieren u.a. auf Grundlage von Umfragen und Workshops  
10229 mit Jugendlichen zentrale Anliegen und Herausforderungen für die Jugendpolitik.  
10230 Damit ist unser Anliegen, als Politik mit Jugendlichen zu sprechen und nicht  
10231 immer nur über Sie, umgesetzt worden. Etwa für zentrale Bereiche wie Teilhabe  
10232 und politische Partizipation sowie Mobilität verweisen diese Berichte auf hohen  
10233 Handlungsbedarf. Mit Beginn der neuen Legislatur ist auf dieser Grundlage eine  
10234 eigenständige Jugendpolitik im Land konzeptionell und strategisch zu verankern,  
10235 finanziell zu untersetzen und im stetigen Austausch mit den jungen Menschen im  
10236 Land rückzukoppeln und fortzuentwickeln. Für diesen Austausch ist u.a. das  
10237 Projekt „Jugend Macht Zukunft“ dauerhaft zu fördern und einzubinden. Gelingende  
10238 Jugendpolitik betrachten wir auch als ein Haltefaktor gerade in den ländlichen  
10239 Regionen Sachsen-Anhalts. Es braucht direkte Ansprache und Wertschätzung der  
10240 jungen Generation, damit sie ihren Geburtsort auch als positiv besetzte Heimat  
10241 erleben können.“

## 10242 Landeszentrum Jugend und Kommunen dauerhaft fördern

10243 Wir wollen, dass das Landeszentrum Jugend und Kommune dauerhaft gefördert wird.  
10244 Es soll seinen Aufgaben auskömmlich finanziert nachgehen können. Zur Stärkung  
10245 der Beteiligung junger Menschen vor Ort und insbesondere der Unterstützung der  
10246 Kommunen, die sich in diesem Sinne auf den Weg machen wollen, werden wir das  
10247 Kommunalverfassungsgesetz schärfen. Die Kommunen sollen die Möglichkeit erhalten  
10248 via Satzung umfängliche Regelungen zur Beteiligung festzulegen wie bspw. auch  
10249 Rede- und Antragsrechte von Jugendgremien in kommunalen Parlamenten und die  
10250 Vorhaltung eines Budgets. Wir setzen uns dafür ein, eine verbindliche  
10251 Beteiligung bei kommunalen Planungsprozessen einzuführen. Dabei sind die  
10252 Qualitätskriterien des Landesnetzwerks „Runder Tisch kommunale  
10253 Jugendbeteiligung“ zu Grunde zu legen. Damit das Anrecht auf kommunale  
10254 Beteiligung einklagbar wird, wollen wir ein Verbandsklagerecht für demokratische  
10255 Jugendverbände gesetzlich ermöglichen. Zur Bündelung der Interessen von jungen  
10256 Menschen sollen kommunale Kinder- und Jugendgremien gefördert werden. Wir wollen  
10257 kommunale Kinder- und Jugendbeauftragte als verlässliche lokale  
10258 Ansprechpartner\*innen schaffen. Auch auf Landesebene wollen wir die Beteiligung

10259 von Kindern und Jugendlichen vor allem über eine Open-Source-gestützte Plattform  
10260 ausbauen.

10261 Wir setzen uns dafür ein, dass das jugendpolitische Programm des Landes Sachsen-  
10262 Anhalt überarbeitet wird und künftig die LSBTIQ\*-Jugendinteressen durch  
10263 Beteiligung von queeren Jugendgruppen und Jugendverbänden im Land  
10264 mitberücksichtigt sind.

### 10265 Wahlalter auf 14 Jahre absenken

10266 Kinder und Jugendliche sind Menschen mit eigenen Hoffnungen, Wünschen und  
10267 Möglichkeiten, aber auch eigenen Forderungen, deren Sicht auf Gesellschaft und  
10268 Politik sich meist von jener der Erwachsenen unterscheidet. Wir wollen Kinder  
10269 und Jugendliche so oft wie möglich und altersgerecht in Entscheidungsprozesse  
10270 einbeziehen. Denn sie sind bereits jetzt und hier als Kinder und Jugendliche  
10271 Bürger\*innen und Teil unseres politischen Gemeinwesens. Wir wollen daher das  
10272 aktive Wahlrecht bei allen Wahlen auf 14 Jahre absenken.

### 10273 Ring politischer Jugend gründen

10274 Wir unterstützen nach wie vor die Jugendverbände der demokratischen politischen  
10275 Parteien bei ihrem Wunsch nach Gründung eines Rings politischer Jugend (RPJ) in  
10276 Sachsen-Anhalt. Dieser Ring soll vom Land als wichtiger Ort politischer  
10277 Willensbildung und Vielfalt für junge Menschen finanziell ausgestattet werden,  
10278 wenn ein belastbarer gemeinsamer Vorschlag der Jugendverbände dazu vorliegt.

### 10279 Kinder und Jugendliche überall im Land fördern

10280 Die finanzielle Förderung der Jugendarbeit durch das Land orientiert sich  
10281 zurzeit einzig an der Anzahl junger Menschen in den Landkreisen und kreisfreien  
10282 Städten. Die Flächenkreise haben dadurch in den letzten Jahren eine Reduzierung  
10283 ihrer Förderung von bis zu 30 Prozent hinnehmen müssen. Diese Entwicklung wollen  
10284 wir stoppen. Dafür wollen wir Verteilmechanismen entwickeln, wie etwa einen  
10285 Flächenfaktor, so dass nicht allein die Anzahl junger Menschen, sondern auch  
10286 beispielsweise die Größe eines Landkreises die Verteilung der Fördergelder  
10287 bestimmt. Das verhindert den Teufelskreis von sinkenden Fördergeldern und einer  
10288 sinkenden Anzahl junger Menschen. Auch ist die Dynamisierung der Förderung der  
10289 Jugendarbeit der Inflation und der Tarifentwicklung anzupassen. Eine  
10290 bedarfsgerechte Förderung ist geboten, weil Jugend(verbands-)arbeit jungen  
10291 Menschen Raum gibt sich auszuprobieren und zu beweisen. Wir wollen, dass das  
10292 Land den Strukturaufbau von Jugendverbänden in den Kreisen unterstützt.

10293 Die Jugendhilfeplanung ist feste Voraussetzung für Auszahlung der Gelder nach  
10294 dem Familienförderungsgesetz. Es muss kommunalaufsichtlich sichergestellt werden,  
10295 dass deren Umsetzung eine Pflichtaufgabe der Kommunen ist.

10296 Tarifgerechte Bezahlung muss in allen Bereichen sichergestellt sein.

### 10297 Mehr Raum für Kinder und Jugendliche schaffen

10298 Wir wollen Kommunen ermutigen, mehr öffentliche Räume für Kinder und Jugendliche  
10299 bereit zu stellen. Dies sind Freiräume ohne staatliche oder gesellschaftliche

10300 Vordefinitionen, in denen so wenig wie möglich von außen gesteuert und  
10301 vorgegeben wird, die sie gestalten und in denen sie Erfahrungen sammeln und sich  
10302 erproben können. Dazu soll ihnen ein weitgehend selbst verwaltetes Budget zur  
10303 Verfügung stehen. Und wir wollen ihnen Expert\*innen, zum Beispiel hauptamtliche  
10304 kommunale Kinder- und Jugendbeauftragte zur Seite stellen, die in der Lage sind,  
10305 ihnen diese Freiräume zu schaffen und zu erhalten, ihnen aber gleichzeitig Halt  
10306 und Hilfestellung bieten, wenn sie diese benötigen und einfordern.  
10307 Schulsportanlagen und Räume in Schulgebäuden sollen Kindern und Jugendlichen,  
10308 Verbänden und Vereinen auch außerhalb des Unterrichts offenstehen.

10309 Die Jugendzentren unseres Landes wollen wir möglichst erhalten und durch mehr  
10310 Mitarbeiter\*innen unterstützen. Gerade in den ländlichen Räumen brauchen  
10311 Jugendzentren längere Öffnungszeiten, um attraktiv für Kinder und Jugendliche zu  
10312 sein. Vor allem Mädchen wollen wir Räume geben, sich auszuprobieren und  
10313 Erfahrungen zu sammeln. Es fehlen sichere Räume – online wie offline. Mittels  
10314 Schulsozialarbeit, Unterstützung von Jugendclubs und selbst verwalteten Räumen  
10315 schaffen wir diese Räume und bestärken junge Menschen, vor allem Mädchen.“

10316 Wir wollen in den Kommunen Wohnen, Arbeiten und Freizeit wieder enger  
10317 zusammenführen sowie Stadtteile und Innenstädte beleben und begrünen. Davon  
10318 profitieren alle Menschen. Zu diesem Zweck erwarten wir in den Kommunen eine  
10319 bessere Abstimmung der Schulentwicklungs-, Stadt- und der Jugendhilfeplanung.  
10320 Die nach dem neuen Familienförderungsgesetz beim Land einzureichende  
10321 Jugendhilfeplanung muss stärker genutzt werden, entsprechende Ziele  
10322 durchzusetzen.

### 10323 Strategieplan für Jugendbildungsstätten und Jugendherbergen

10324 Jugendbildungsstätten und Jugendherbergen sind ein wichtiger Ort für  
10325 außerschulische Bildung und Begegnung, aber auch für kostengünstige Urlaube für  
10326 Familien. Sie sind insbesondere durch die Corona-Pandemie in extreme Schieflage  
10327 gekommen. Das Land Sachsen-Anhalt soll gemeinsam mit den Akteur\*innen einen  
10328 Strategieplan entwickeln. Dieser soll am gesellschaftlichen Bedarf orientiert  
10329 einen Weg aufzeigen, welche Einrichtungen dauerhaft erhalten werden können und  
10330 dabei auskömmlich finanziert werden müssen.

### 10331 Ombudsstelle der Kinder- und Jugendhilfe dauerhaft fördern

10332 Eine Ombudsstelle für Kinder- und Jugendhilfe ist bisher lediglich als  
10333 Modellprojekt eingerichtet. Wir wollen, dass sie dauerhaft gefördert wird. Auch  
10334 wollen wir sie so ausbauen, dass sie landesweit wirken kann.

### 10335 Beratungsangebote im Bereich sexualisierter Gewalt ausbauen

10336 Die bundesweiten Fälle schwerer sexualisierter Gewalt gegen Kinder, die in den  
10337 vergangenen Jahren aufgedeckt wurden, zeigen einen deutlichen Handlungsbedarf.  
10338 Wir wollen im Land die Beratungsangebote im Bereich sexualisierter Gewalt  
10339 ausbauen. Dabei sollen vielfaltssensible Familienbildungsstätten, Kitas,  
10340 Schulen, Migrantenselbstorganisationen und Jugendämter eingebunden werden. Wir  
10341 wollen die Präventionsprojekte, die etwa mit der Berliner Charité initiiert  
10342 wurden, weiterführen und ausbauen. Im Rahmen der Strafverfolgung wollen wir die  
10343 Ermittlungen auf Landesebene bündeln und besser koordinieren, um den Kampf gegen

10344 Kinderpornographie im Internet besser führen zu können. Aber auch sexualisierte  
10345 Gewalt und Übergriffe unter Jugendlichen wollen wir stärker als bisher in die  
10346 Präventionsarbeit einbeziehen.

### 10347 Anti-Mobbing-Tag ins Leben rufen

10348 Auch psychischer und körperlicher Gewalt unter Kindern und Jugendlichen etwa  
10349 durch Mobbing, Diskriminierung und Schikane (Bullying) an Schulen wollen wir  
10350 deutlich entgegentreten. Wir wollen einen mit einem eigenen Budget  
10351 ausgestatteten, landesweiten „Anti-Mobbing-Tag“ ins Leben rufen und die  
10352 Schirmherrschaft bei dem\*der Ministerpräsident\*in andocken. An diesem Aktionstag  
10353 sollen alle Schulen im Land Aktionen und Projekte durchführen, die darauf  
10354 zielen, das soziale Miteinander zu stärken. Kooperationen etwa mit Krankenkassen  
10355 und freien Trägern der Jugendarbeit sind dabei anzustreben. Denn Mobbing ist  
10356 eine leidvolle Erfahrung für viele Schüler\*innen im Land.

### 10357 Beratungs- und Unterstützungsangebote für Familien sicher 10358 finanzieren

10359 Wir wollen junge Menschen ermutigen, sich für eine Familiengründung zu  
10360 entscheiden. Dafür sind gute Rahmenbedingungen nötig. Wir stehen für ein sicher  
10361 finanziertes und engmaschiges Netz von Beratungs- und Unterstützungsangeboten  
10362 für Eltern und Kinder ein.

10363 Wir wollen Angebote erhalten und stärken, die Familien entlasten. Dazu gehören  
10364 vielfaltssensible, mehrsprachige Schwangerschaftsberatungsstellen, Familien- und  
10365 Erziehungsberatungsstellen sowie Familienzentren. Insbesondere Familienzentren,  
10366 die seit Jahren eine zu geringe Förderung erhalten, benötigen für ihren  
10367 Fortbestand ein Investitionsprogramm und verlässliche Förderung. Darüber hinaus  
10368 stehen wir in der Verantwortung, die Folgen der Pandemie für die Kinder- und  
10369 Jugendhilfe in den Blick zu nehmen. Beratungs- und Betreuungsleistungen müssen  
10370 an den steigenden Bedarf angepasst werden.

10371 Angebote der Elternbildung, Selbsthilfe, Sprach- und Gesundheitsförderung müssen  
10372 besser vernetzt werden und auch in der Fläche überall niedrigschwellig  
10373 erreichbar sein. Um diese Erreichbarkeit zu sichern, wollen wir zusätzliche  
10374 mobile Familien(bildungs-)arbeit fördern. Diese mobile Form der Beratung streben  
10375 wir auch für den Bereich der Schwangerschaftsberatungsstellen an. Alle  
10376 Beratungsstellen soll das Land aktiv unterstützen, ihre Angebote auch virtuell  
10377 anzubieten und ihre Onlinepräsenz auszubauen.

### 10378 Gemeinsame Verantwortung statt Konkurrenz

10379 Wir fördern lokale Verantwortungsgemeinschaften. Sozialleistungen sollen nicht  
10380 weiterhin im Sinne eines Marktes organisiert werden mit entsprechender  
10381 Konkurrenz unter den Leistungserbringer\*innen. Wir wollen grundsätzlich  
10382 umsteuern hin zu einem System geteilter und gemeinsam getragener, lokaler  
10383 Verantwortung. Regionale Akteur\*innen, sei es im Bereich des Gesundheitssystems,  
10384 der Altenhilfe und Pflege oder der Eingliederungshilfe konkurrieren dann nicht  
10385 mehr um Klient\*innen, sondern steuern in gemeinsamer Verantwortung die  
10386 Leistungserbringung in ihrer Region für die Menschen, die dort leben.

10387 Wir wollen diese Entwicklung durch Modellprojekte anstoßen, bestehende  
 10388 Leuchtturmprojekte prämiieren und eine Diskussion auf Landesebene befördern und  
 10389 moderieren.

### 10390 Corona-Politik evaluieren und Lehren ziehen

10391 Seit März 2020 beeinflussen die Corona-Pandemie und die Maßnahmen, die der  
 10392 Eindämmung der Virusverbreitung dienen sollen, das Leben aller in Sachsen-  
 10393 Anhalt. Sobald die aktuelle akute Pandemielage vorüber ist, werden wir uns dafür  
 10394 einsetzen, die ergriffenen Maßnahmen und den Weg der Entscheidungsfindung zu  
 10395 evaluieren.

10396 Wir wollen Lehren für das mögliche Wiederaufflackern von Covid19 nächsten Herbst  
 10397 und Winter sowie für zukünftige Gesundheitsnotlagen ziehen. Wir wollen  
 10398 Gesundheits- und psychosoziale Folgen der Pandemie und der Eindämmungsmaßnahmen  
 10399 in den Blick nehmen und die Hilfs- und Förderprogramme evaluieren.

### 10400 Pilotprojekte für bedingungsloses Grundeinkommen

10401 Mit fortschreitender Digitalisierung, Automatisierung und Spezialisierung geht  
 10402 der Umfang existenzsichernder Erwerbsarbeit zurück. Arbeit ist zwar weiterhin  
 10403 vorhanden, diese kann aber nicht mehr von jedem\*r ausgeführt werden und  
 10404 gewährleistet oft nicht mehr den Lebensunterhalt. Der Mensch ist nicht  
 10405 zuvörderst Erwerbstätiger, er selbst steht mit seinen Bedürfnissen und  
 10406 Grundrechten im Mittelpunkt unserer Politik. Diesem Menschenbild wollen wir mit  
 10407 einem bedingungslosen Grundeinkommen entsprechen.

10408 Digitale Innovation benötigt auch soziale Innovation. Das aktuelle Sozialsystem  
 10409 bestraft Menschen für Arbeitslosigkeit, indem Grundrechte eingeschränkt werden  
 10410 und der\*die betroffene Bürger\*in teilweise entmündigt wird. Es setzt Menschen  
 10411 unter Druck, jeder Erwerbsarbeit nachgehen zu müssen, ob diese existenzsichernd,  
 10412 ökologisch nachhaltig oder sinnstiftend ist oder nicht. Ein Wandel in der  
 10413 Sozialpolitik ist angesichts dessen dringend erforderlich. Das bedingungslose  
 10414 Grundeinkommen bietet Chancen, die Menschen von diesem Druck zu befreien und  
 10415 ihnen die Freiheit zu geben, sich abseits des engen Fokus auf Erwerbsarbeit in  
 10416 unsere Gesellschaft einzubringen sowie kreative Potentiale und Eigenständigkeit  
 10417 anzuregen.

10418 Wir verstehen ein bedingungsloses Grundeinkommen daher als ein echtes soziales  
 10419 Grundrecht. Für Arbeitnehmer\*innen ist ein solches Grundeinkommen  
 10420 gleichbedeutend mit einer Sicherung gegen Arbeitsplatzabbau, der infolge der  
 10421 fortschreitenden Automatisierung und Digitalisierung eintreten kann oder schon  
 10422 eingetreten ist. Wir befürworten daher Pilotprojekte zum bedingungslosen  
 10423 Grundeinkommen in Sachsen-Anhalt.

### 10424 Wohnungsnot überwinden, wohnungslosen Menschen helfen

10425 Wohnungs- und Obdachlosigkeit sind ein Armutsproblem, das in Sachsen-Anhalt  
 10426 weitestgehend unter dem politischen Radar stattfindet. Verantwortlich für die  
 10427 Wohnungslosenhilfe sind die Kommunen, die diese Aufgabe meist nach bestem Wissen  
 10428 aber ohne Vernetzung und landesweite Strategie wahrnehmen. Unterstützt werden  
 10429 sie dabei von verschiedenen Trägern und Privatinitiativen. Besonders Menschen,  
 10430 die sich in die Regeln der kommunalen Unterbringungsstelle nicht einfügen können

10431 oder wollen fallen bei dieser Hilfe oft durchs Raster. Es fehlen belastbare  
10432 Zahlen zu Obdachlosigkeit in Sachsen-Anhalt.

10433 Das Land Sachsen-Anhalt soll sehr zeitnah belastbare Zahlen über Obdachlosigkeit  
10434 und Wohnungsnot und die regionale Verteilung der Hilfeangebote im Land erheben.  
10435 Wir wollen, dass eine solche Erhebung als Wohnungsnotfallstatistik regelmäßig  
10436 stattfindet.

10437 Das Land soll die Federführung für die Vernetzung und Kooperation aller Angebote  
10438 zur Prävention von Wohnungsnotfällen und zur Hilfe für wohnungslose Menschen  
10439 übernehmen. Wir wollen dafür eine regelmäßig tagende landesweite  
10440 Wohnungsnotfallhilfe-Konferenz schaffen, an der alle öffentlichen und freien  
10441 Träger der Wohnungslosenhilfe, private Initiativen, die Kommunen,  
10442 Vertreter\*innen von Wohnungsbaugesellschaften und Energieversorgern,  
10443 Sozialwissenschaftler\*innen, Suchtberatungen und weitere teilnehmen. Ziel soll  
10444 die landesweite gemeinsame Aufstellung von Wohnungsnotfall-Rahmenplänen, ihre  
10445 Umsetzung und Evaluation sein.

### 10446 Sozialen Arbeitsmarkt einführen

10447 Nicht alle Menschen können auf dem ersten Arbeitsmarkt Arbeit finden, darum  
10448 halten wir einen Sozialen Arbeitsmarkt weiterhin für notwendig. Hier sollen  
10449 Menschen gesellschaftlich notwendige und wertvolle Arbeit leisten können und  
10450 dafür entlohnt werden. Wir wollen dafür Mittel des Europäischen Sozialfonds  
10451 (ESF) einsetzen. Außerdem soll das Land damit gezielte berufliche Weiterbildung  
10452 für Menschen mit Zugangshemmnissen zum ersten Arbeitsmarkt fördern.

### 10453 Personalvertretungsgesetz novellieren

10454 Wir setzen uns für starke Tarifpartner ein. Betriebsräte sind Teil einer  
10455 demokratischen Unternehmenskultur. Wir wollen diese im öffentlichen Bereich  
10456 stärken. Die Novelle des Personalvertretungsgesetzes von 2019 blieb hinter den  
10457 Erwartungen zurück. Wir werden uns weiterhin für eine echte Gleichberechtigung  
10458 der Arbeitnehmer\*innenvertretungen einsetzen. Wir wollen nach wie vor, dass in  
10459 Sachsen-Anhalt nur Unternehmen, die nachweislich Tariflöhne bezahlen,  
10460 öffentliche Aufträge erhalten sollen. Dazu soll das Vergabegesetz geändert  
10461 werden. Wir unterstützen die Bestrebungen auf europäischer Ebene, durch  
10462 Rechtsänderung die örtliche Tarifbindung von Vergabegesetzen zu ermöglichen.

### 10463 Freiwilligenengagement würdigen und fördern

10464 Das Ehrenamt ist eine der wichtigsten Stütze unserer Gesellschaft. Hier finden  
10465 Menschen Zeit für einander, umsorgen Tiere und die Natur und streiten für ihnen  
10466 wichtige Anliegen. Menschen übernehmen Verantwortung für einander und ihre  
10467 Umgebung und gestalten dadurch unser Zusammenleben mit. Mit großem Respekt  
10468 stehen wir an der Seite aller Ehrenamtler\*innen und wollen sie in ihrer  
10469 Tätigkeit unterstützen. Wir streiten für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf  
10470 und Ehrenamt. Dazu wollen wir Möglichkeiten zur Freistellung zu ehrenamtlichen  
10471 Zwecken prüfen. Zudem wollen wir ein Ehrenamtsticket für die Fahrten der  
10472 Ehrenamtler\*innen von und zu ihren jeweiligen Einsatzstätten schaffen..  
10473 Wir wollen Initiativen wie Freiwilligenagenturen und soziale Selbsthilfegruppen  
10474 unterstützen, freiwilliges Engagement fördern und soziale Teilhabe für die



10475 Menschen verbessern. Wichtig sind uns dabei mobile, familienergänzende und  
10476 familienentlastende Dienste.

10477 Wir begrüßen es, wenn sich mehr Unternehmen und Einrichtungen dazu entschließen,  
10478 Plätze für Freiwilligendienste zu schaffen. Auf Bundesebene setzen wir uns dafür  
10479 ein, dass Freiwilligendienste besser bezahlt werden und  
10480 Freiwilligendienstleistende bei der Vergabe von Ausbildungs- und Studienplätze  
10481 bevorzugt werden. Die Angebote der Freiwilligendienste wie FSJ und FÖJ wollen wir  
10482 im bestehenden Umfang weiter ermöglichen.

## 10483 Für ein würdiges Leben im Alter sorgen

10484 Wir setzen uns für eine generationengerechte Gestaltung unserer Gesellschaft  
10485 ein. Die Belange der älteren Menschen dürfen nicht auf Probleme der Renten- und  
10486 Pflegekassen reduziert werden. Eine zunehmend älter werdende Bevölkerung  
10487 verändert die gesamte Gesellschaft.

10488 Ältere Menschen haben andere Bedürfnisse als Jüngere, zum Beispiel bei Wohnen,  
10489 Mobilität, gesundheitlicher Versorgung, aber auch in öffentlichen Bereichen wie  
10490 Stadtplanung und Verkehr. Diese unterschiedlichen Bedürfnisse zu bedienen und  
10491 das Lebensumfeld überall in Sachsen-Anhalt generationenverträglich und  
10492 diskriminierungsfrei zu gestalten gelingt nur, wenn alle Altersgruppen  
10493 Verantwortung für eine solidarische Gesellschaft übernehmen.

10494 Uns ist es wichtig, dass die Menschen möglichst lange ihre Eigenständigkeit  
10495 behalten und aktiv am Leben teilhaben. Lange Eigenständigkeit reduziert das  
10496 Risiko der Pflegebedürftigkeit. Daher wollen wir die Selbstständigkeit im Alter  
10497 durch Teilnahme an Bildungsmöglichkeiten, Gedankenaustausch, soziale Kontakte,  
10498 Bewegung und Mobilität, nachbarschaftliche Hilfen und Freiwilligenengagement  
10499 fördern. Wir setzen uns für die inhaltliche und organisatorische  
10500 Weiterentwicklung und bessere Koordination der bestehenden Beratungs- und  
10501 Anlaufstellen ein, um den veränderten Anforderungen besser gerecht zu werden.  
10502 Dazu gehören die Alten- und Servicezentren, die Seniorenvertretungen, der\*die  
10503 Senior\*innenbeauftragte und -beirat in den Kommunen sowie die  
10504 Freiwilligenagentur. Der Landesseniorenbeirat und kommunale Senior\*innenräte  
10505 sind wichtige Partner unserer politischen Arbeit. Ein Landesprogramm „Leben im  
10506 Alter“ soll Initiativen sammeln und bündeln, sie anregen, wo sie fehlen und den  
10507 Menschen in Sachsen-Anhalt zugänglich machen. In Zusammenarbeit mit  
10508 Integrations- oder Ausländer\*innenbeiräten der Kommunen wollen wir die  
10509 besonderen Bedürfnisse älterer Migrant\*innen klären und gezielte Hilfsstrukturen  
10510 entwickeln. Ebenso wichtig ist eine LSBTIQ\*-sensible Altenhilfe und Pflege, die  
10511 wir durch Einbindung von LSBTIQ\*-Fachexpertise der Verbände sicherstellen  
10512 wollen.

## 10513 Wahlfreiheit bei der Pflege ermöglichen

10514 Wir wollen, dass Pflegebedürftige, Pflegendе und Angehörige durch  
10515 funktionierende kultursensible Versorgungs-, Beratungs- und Entlastungsangebote  
10516 unterstützt werden. Wir wollen die tatsächliche Wahlfreiheit der zu Pflegenden  
10517 und ihrer Angehörigen bezüglich ihrer Wohn- und Lebensform. Die ambulante  
10518 Pflege, Krankenhäuser und Kommunen sollen sich verstärkt dieser Herausforderung  
10519 stellen, um den Automatismus der Heimbetreuung älterer Menschen zu vermeiden.  
10520 Wir wollen alternative Wohn- und Betreuungskonzepte, die die Selbständigkeit der

10521 Menschen erhalten, fördern. Dazu wollen wir das Wohn- und Teilhabegesetz des  
10522 Landes novellieren, um die verschiedenen Wohnformen im Alter rechtssicher zu  
10523 definieren und insbesondere die Heimaufsicht in ihrer Beratungsfunktion stärken.  
10524 Auch gilt es für stationäre Pflegeeinrichtungen eine verbindliche  
10525 Einzelzimmerquote festzulegen und damit das Recht auf Privatsphäre der  
10526 Bewohner\*innen zu stärken.

10527 Wir wollen, dass ältere Menschen möglichst lange in ihrem Zuhause wohnen und  
10528 leben können. Dafür wollen wir die Pflege im Quartier weiter stärken. Das neu  
10529 geschaffene Beratungsangebot für Kommunen zur Quartiersentwicklung begrüßen wir  
10530 und wollen wir mit Angeboten in der Fläche weiter ausbauen. Wohnortnahe  
10531 dezentrale Pflegestellen sind mit einem Landesaktionsplan zu untersetzen und zu  
10532 befördern. Damit beugen wir Pflegebedürftigkeit, unnötigen  
10533 Krankenhausaufenthalten und erzwungenen Heimaufenthalten vor. Um  
10534 Heimeinweisungen nach Krankenhausaufenthalten zu reduzieren, wollen wir die  
10535 Tagespflege auch in Kliniken stützen. So kann der Übergang vom Krankenhaus in  
10536 die außerklinische Pflege mit mehr Ruhe und Selbstbestimmung geplant werden.

10537 Die stetig steigenden Eigenanteile bei stationären Einrichtungen sind für viele  
10538 Bewohner\*innen zunehmend problematisch. Gleichzeitig führt die Kopplung von  
10539 Qualitätsverbesserungen in der Pflege und der daraus folgenden einseitigen  
10540 Belastung der Bewohner\*innen zu Zielkonflikten. Daher setzen wir uns  
10541 grundsätzlich für eine Pflegebürger\*innenversicherung ein, um die Einnahmeseite  
10542 der Pflegeversicherung auf tragfähige Füße zu stellen. Auf dem Weg dahin braucht  
10543 es mindestens eine Deckelung der Eigenbeiträge.

#### 10544 Bestattungskultur reformieren

10545 Wir treten für selbstbestimmtes Leben in allen Phasen ein, das gilt auch für das  
10546 Lebensende. Deshalb wollen wir das Bestattungsgesetz reformieren. Wir wollen,  
10547 bei erklärtem Willen, die Bestattung ohne Sarg und das Verstreuen der Totenasche  
10548 ermöglichen. Die zweite Leichenschau ist verbindlich einzuführen.